

Kleine Anfrage 849

des Abgeordneten Benjamin Filter (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

Annahme und Ausbau von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen für kommunale Mandatsträger im Land Brandenburg

Kommunale Mandatsträger leisten einen zentralen Beitrag zur demokratischen Selbstverwaltung der Kommunen und zur Umsetzung staatlicher Aufgaben vor Ort. Angesichts wachsender Anforderungen – etwa durch komplexe Rechtslagen, die Digitalisierung oder auch neue Förderprogramme – gewinnt ihre fachliche Qualifizierung an Bedeutung.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg überträgt dem Land die Verantwortung, geeignete Rahmenbedingungen für die politische Bildung der Mandatsträger zu schaffen. Daraus ergibt sich die Frage, ob die Landesregierung dieser Verantwortung bislang gerecht geworden ist – und ob sie plant, die Bildungsangebote im Zeitraum 2026 bis 2029 bedarfsgerecht auszubauen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bildungs- und Schulungsmaßnahmen für kommunale Mandatsträger (z. B. Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Ausschussmitglieder u. a.) wurden in den Jahren 2021 bis 2025 jeweils angeboten? (Bitte nach Anbietern, Themenbereichen, Zielgruppen, Kosten und Teilnehmerzahlen aufschlüsseln.)
2. Welche Rückmeldungen zur Wirksamkeit, Relevanz und Qualität dieser Maßnahmen liegen der Landesregierung aus den Jahren 2021 bis 2025 vor?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Beteiligung von Mandatsträgern an den vorhandenen Bildungsangeboten? (Bitte differenzieren nach Region, Kommune, Funktion und – soweit statistisch erfasst – auch nach kommunalpolitischer Zugehörigkeit.)
4. Gibt es konkrete Planungen der Landesregierung, das Angebot an Schulungsmaßnahmen im Zeitraum 2026 bis 2029 quantitativ oder qualitativ auszubauen? Wenn ja, welche Zielgruppen und Themenfelder sollen künftig besonders berücksichtigt werden?
5. Inwieweit wird die Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden, Hochschulen, Verwaltungsschulen oder zivilgesellschaftlichen Trägern genutzt oder geplant, um Schulungsangebote für kommunale Vertreter zu konzipieren und durchzuführen?

6. Welche Haushaltsmittel wurden in den Jahren 2021 bis 2025 für Maßnahmen im Sinne der Fragestellung verwendet und welche Mittel sind für die Jahre ab 2026 eingeplant oder vorgesehen? (Bitte nach Jahr und Maßnahme spezifizieren, soweit möglich.)
7. Plant die Landesregierung, die Teilnahme an Fortbildungen für kommunale Mandats-träger verpflichtend, standardisiert oder strukturell zu fördern (z. B. durch Bezuschus-sung, Freistellungsregelungen oder Zertifikatsmodelle) – insbesondere mit Blick auf die kommunale Wahlperiode bis 2029?